

## Finanz- und Eurokrise

# „Ohne richtige Diagnose keine richtige Therapie“

Die Finanzwirtschaft treibt die Politik vor sich her. Die Erklärungen und Ratschläge der meisten „Wirtschaftsexperten“ verschleiern nur die wahre Situation. Ein Aalener Wirtschaftsprofessor interpretiert die gegenwärtige Krise als Endphase einer Wachstumsperiode und zeigt Wege zu einer menschen- und umweltgerechten Wirtschaftsordnung.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

Herr Prof. Kreiß, die Finanzkrise ging in die Eurokrise über. Zu der gibt es recht unterschiedliche Analysen, Rezepte und Prognosen. Wie sehen Sie das?

Die Eurokrise ist eingebettet in eine grundlegendere, im Hintergrund ablaufende Wirtschaftskrise. Unsere bestehende Wirtschaftsordnung führt dazu, dass sich etwa alle 70 Jahre große Finanz- und Wirtschaftskrisen bilden müssen. Wir befinden uns momentan am Ende des jüngsten Wachstums- und Krisenzyklus, dessen Beginn 1945 war. Die Zyklen laufen folgendermaßen ab: Am Anfang gibt es starkes, wohl-

dann Überschuldung und zuletzt zum Einbruch der Nachfrage. Der steht nun kurz bevor bzw. hat in manchen Ländern begonnen, ist aber noch in der Anfangsphase. Der Euro hat die Situation für die Euroländer verschlimmert. Hier dürfte die bevorstehende Bereinigungskrise besonders stark ausfallen.

Warum dauern die Wachstumszyklen 70 und nicht 50 oder 100 Jahre?

Die 70 Jahre sind nur eine grobe Vereinfachung. Wenn man einen Zinssatz von 7 % pro Jahr annimmt, was für die Jahre seit 1945 nicht ganz unrealistisch ist, dann werden aus 1 Euro in 70 Jahren über

100 Euro. Eine solche Explosion von Vermögen ist in einer Welt mit begrenzten Ressourcen auf Dauer nicht haltbar. Das ist krebsartiges Wachstum und muss kollabieren. Eine ähnliche Situation wie heute hatten wir 1914, als ebenfalls etwa 70 Jahre ein mehr oder weniger ununterbrochenes Wirtschaftswach-

tum seit Beginn der Industriellen Revolution stattgefunden hatte. Da die Kapazitätsbereinigungen im Zuge des Ersten Weltkrieges nicht ausreichend waren, stand die Weltökonomie kurz darauf wieder vor einer ähnlichen Situation wie 1914. Unsere heutige Wirtschaftslage ähnelt also stark derjenigen von 1914 oder 1929.

Wo liegen die Parallelen zwischen der Großen Depression der 1930er-Jahre und heute?

Ähnlich wie heute gab es in den Jahren bis 1929 eine starke Zunahme der Ungleichverteilung in den meisten Industrieländern. Unternehmensgewinne, Investitionen und Wirtschaftswachstum waren z. B. in den „Roaring Twenties“ in den USA stark, aber die Masseneinkommen hielten damit nicht Schritt. Also konnten die stark zunehmenden Produktionskapazitäten ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr abgesetzt werden. Das führte zu dem tragischen, aber logischen Einbruch der Massennachfrage ab 1929 und riesigen Überkapazitäten von 1929 bis 1940. Vor einer ähnlichen Gefahr stehen wir heute. Man braucht nur einen Blick auf die Automobilkapazitäten zu werfen.



Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich neun Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon sieben Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Im März 2013 wurde die von ihm mitverfasste Studie „Geplante Obsoleszenz“ im Deutschen Bundestag vorgestellt, im Juli 2013 erschien sein Buch „Profitwahn“, im April 2014 sein Buch „Geplanter Verschleiß“.

[www.menschengerechtwirtschaft.de](http://www.menschengerechsetwirtschaft.de)

Welche Lehren wurden aus der Großen Depression der 1930er-Jahre gezogen? Und welche nicht?

Ökonomen, Notenbanker und Politiker haben aus den 1930er-Jahren gelernt, dass man die Geldmenge in Krisenzeiten nicht schrumpfen lassen und die Staatsausgaben nicht kürzen sollte. Daher wird heute global die Geldmenge dramatisch erhöht und es werden hohe staatliche Haushaltsdefizite zugelassen. Das ist, um Zeit zu gewinnen, kein Fehler. Aber die entscheidende Lehre aus der Geschichte – das ökonomische

Problem der Ungleichverteilung, zunehmender Verschuldung und Aufbau von Überkapazitäten – sieht man heute ebenso wenig wie damals. Das kann auch nicht mit inflationärer Geldvermehrung oder Staatsverschuldung behoben werden. Denn die zu hohen Produk-

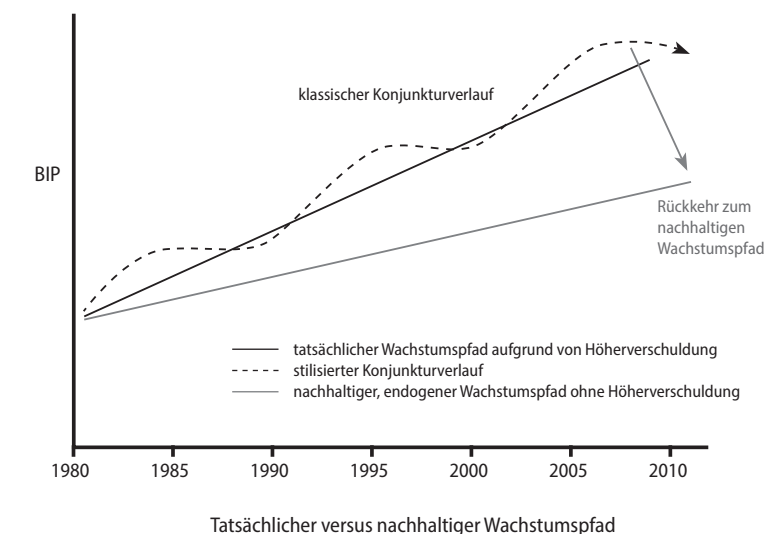
tionsskapazitäten sind nun einmal real da. Man müsste dazu an ganz anderer Stelle ansetzen. tige Therapie fast unmöglich. Die herrschende Ökonomielehre beeinflusst maßgeblich die derzeitige Wirtschaftspolitik, die entsprechend falsch ist. Noch könnten wir umsteuern, aber sehr viel Zeit bleibt nicht mehr. In ein paar Jahren könnte es zu spät sein.

„Die herrschende Lehre in der Ökonomie erkennt die Ursachen der Wirtschaftskrise nicht, weil sie auf falschen Grundannahmen aufbaut.“

Was spricht für eine neue Große Depression?

Die herrschende Lehre in der Ökonomie erkennt die eigentlichen Ursachen der derzeitigen Wirt-

## Weltwirtschaftslage 2013: Die Bereinigung (wie 1929) ist längst überfällig



Die untere Gerade zeigt ein fiktives Wachstum, wie es bei steigenden Masseneinkommen und ohne Verschuldung geschehen wäre. Die obere Gerade zeigt das tatsächliche Wachstum der letzten 30 Jahre – schuldenbasiert, wegen zunehmender Ungleichverteilung.

„Ein Kollaps ließe sich verhindern, indem man die Ungleichverteilung langsam rückgängig macht.“

fahrtförderndes Wirtschaftswachstum. Ab der Mitte wird systembedingt die Ungleichverteilung immer stärker. Dies führt auf der Produktionsseite zu Überinvestitionen und krebsartigen Produktionsstrukturen. Auf der Abnehmerseite kommt es zu stagnierenden Masseneinkommen, steigender Verschuldung,

100 Euro. Eine solche Explosion von Vermögen ist in einer Welt mit begrenzten Ressourcen auf Dauer nicht haltbar. Das ist krebsartiges Wachstum und muss kollabieren. Eine ähnliche Situation wie heute hatten wir 1914, als ebenfalls etwa 70 Jahre ein mehr oder weniger ununterbrochenes Wirtschaftswach-

Warum taucht diese Einschätzung in der Berichterstattung der Massenmedien und auch der Fachmedien nicht auf?

Als Minderheitsmeinung taucht sie langsam immer öfter an verschiedenen Stellen auf. Manche Wirtschaftsbücher, die ähnlich kritische Aussagen zur gängigen Ökonomielehre haben, entwickeln sich zu Bestsellern. Viele Menschen in unserem Lande spüren, dass etwas nicht stimmt. Aber der Großteil der Berichterstattung ist nach wie vor der

gängigen Ökonomielehre verhaftet. Das liegt neben den herrschenden, seit Jahrzehnten gepflegten Denkgewohnheiten auch an Interessenvertretung oder Lobbyarbeit, die viele Medien direkt über die Eigentümerstruktur oder indirekt über Werbung beeinflussen. Die ÖDP

z.B. Hedgefonds oder Investmentbanken, die auf Zusammenbruch wetten, oder einzelne Menschen wie John Pierpont Morgan, der von der Weltfinanzkrise 1907 enorm profitierte.

*Lässt sich ein Kollaps verhindern? Und wenn ja: wie?*

### „Von der derzeitigen Entwicklung profitieren am meisten die wohlhabendsten Haushalte.“

lehnt ja genau aus diesem Grund bestimmte Spenden ab. Das ist nicht nur sehr sympathisch, sondern konsequent und absolut richtig.

*Wer profitiert von der derzeitigen Entwicklung? Und wer von einem Kollaps unserer Wirtschaft?*

Von der derzeitigen Entwicklung profitieren am meisten die wohlhabendsten Haushalte, sowohl bei uns wie in den meisten anderen Ländern, während der Großteil der Bevölkerung Nachteile hat. Bestimmte Eliten in der EU, in Notenbanken, beim IWF, die nicht demokratisch legitimiert sind, gewinnen stark an Einfluss, indem sie konkrete Politikvorgaben für demokratisch gewählte Regierungen machen. Bei einem Kollaps ganzer Länder gibt es normalerweise auch Gewinner, wenn auch nicht viele,

Ein Kollaps ließe sich ganz leicht verhindern. Zum einen, indem man die in den letzten 30 Jahren aufgebaute Ungleichverteilung langsam wieder rückgängig macht: durch stärkere Belastung großer Vermögen und der hieraus fließenden leistungslosen Einkommen und entsprechende Entlastung von Erwerbstätigen. Da hätten wir sofort ein Konjunkturprogramm z.B. für Griechenland oder Spanien und die akute Krise dort wäre in wenigen Monaten vorbei. Zum anderen bräuchten wir Frei- oder Schwundgeld, d.h. Durchhaltekosten auf Geld, sodass Bar- und Giralgeld z.B. alle drei Monate 1% an Wert verliert. Für Freigeld gibt es sehr erfolgreiche geschichtliche Beispiele. Allerdings gibt es gegen diese Maßnahmen erhebliche Widerstände der betroffenen Eigentümer großer Vermögen, die über Lobbyarbeit starken Einfluss auf Politik und Medien haben.

*Warum eine Geldreform?*

Alle Arten von Zinseszins führen im Verlauf langer Zeiträume über die Exponentialfunktion zu explosionsartigem Wachstum, das durch die reale Wirtschaft nicht gedeckt werden kann. Die Einführung von Frei- oder Schwundgeld würde verhindern, dass sich Geldvermögen

ohne Arbeitsleistung ständig weiter vermehren.

*Genügt dazu nicht eine entsprechend hohe Inflationsrate?*

Nein. Zum einen trifft Inflation nur eine der drei Hauptvermögensarten: das Geldvermögen. Die beiden anderen – Boden bzw. Immobilien und Unternehmensvermögen – können durch Inflation nicht erreicht werden. Dort bleiben die leistungslosen Rentenzahlungen durch Inflation weitgehend unbehelligt und können sich ungehemmt exponentiell weitervermehren. Zum anderen hat Inflation sehr schlechte ökonomische Nebenwirkungen. Inflation betrifft die unterschiedlichen Bereiche des Wirtschaftslebens in unterschiedlicher Höhe und zeitlicher Reihenfolge. Das verzerrt die Preise und folglich wird falsch investiert und produziert.

*Falsche Preise, falsche Investitionen, falsche Produktionen – wie hängt das zusammen?*

Ein frischer Schub neu gedrucktes Geld trifft normalerweise nicht gleichmäßig in den Wirtschaftskreislauf ein, sondern an bestimm-

ter. Eine Preiswelle läuft ungleich durch den Wirtschaftskreislauf und verzerrt die Preisrelationen. Preise sind aber für die Wirtschaft wie ein Thermometer, das signalisiert, wo Knappheiten sind. Wo die Preise hoch sind, wird produziert und dann investiert. Sind die Signale durch Preiswellen verfälscht, wird falsch produziert und falsch investiert. Bei hohen Inflationsraten weiß kein Unternehmer mehr, ob es wirklichen Bedarf nach seinen Gütern gibt oder nicht. Er produziert „im Blindflug“ drauflos. Wenn dann die Inflation gestoppt wird, zeigt sich: Viele der Güter sind überflüssig. Dann kommt eine Bereinigungskrise wie 1924 in Deutschland nach Beendigung der Hyperinflation, was in wenigen Monaten die Arbeitslosenzahl von etwa 100.000 auf über 4 Mio. hochschnellen ließ.

*Nochmals zum Zins: Ist der nicht eine sinnvolle „Hürde“, um hemmungsloses Schuldenmachen zu bremsen oder zu verhindern?*

Die letzten 30 Jahre zeigten: Trotz der bestehenden „Hürde“ fand hemmungsloses Schuldenma-

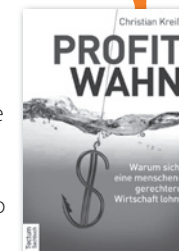
### „Bei einem Kollaps ganzer Länder gibt es normalerweise auch Gewinner, wenn auch nicht viele, z.B. Hedgefonds oder Investmentbanken.“

ten Stellen. Nehmen wir an, der Staat bringt neues Geld in Umlauf, dem keine neuen Güter gegenüberstehen, indem er z.B. Sozialhilfempfängern mehr Geld gibt. Die geben es für den Konsum aus. Durch die erhöhte Nachfrage beginnen im Einzelhandel die Preise zu steigen. Der Einzelhandel ordert beim Großhandel, der Großhandel bei der Konsumgüterindustrie, die Konsumgüterindustrie bei der Investitionsgüterindustrie – und so wei-

chen bei Haushalten und Regierungen statt. Dagegen müsste an ganz anderer Stelle angesetzt werden: bei den Kriterien zur Kreditvergabe. Ein verantwortungsvoller, nicht spekulativer Umgang mit Geld bzw. Kredit ist wichtiger als die Zinshöhe. Dazu müsste man die Banklandschaft überdenken. Regionale Genossenschaftsbanken oder Sparkassen vor Ort zeigen einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit Geld im Gegensatz zu den anony-

## BUCHTIPP

Christian Kreiß  
**Profitwahn**  
Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt  
Tectum, Juli 2013  
200 Seiten, 17,95 Euro  
978-3-8288-3159-9



men Großbanken. „Too big to fail“ sollte es künftig nicht mehr geben.

*Frei- oder Schwundgeld verführt zum Geldausgeben. Steht das nicht im krassen Widerspruch zur Notwendigkeit, mit unseren Ressourcen sparsam umzugehen?*

Schwundgeld und Vermögenssteuern sollen verhindern, dass wir jetzt in eine Depression versinken wie in den Jahren ab 1929. Das wären von daher zunächst einmal kurzfristige Krisenverhinderungsmaßnahmen: Das Geld würde wieder zirkulieren. Geld ist ja genug da, nur falsch verteilt. Langfristig müssen wir uns aber natürlich fragen: Wo wollen wir eigentlich hin?

*Zu einer umwelt- und menschengerechten Wirtschaftsstruktur! Aber wie kommen wir dahin?*

Auf politischer Ebene u.a. durch die oben beschriebenen Maßnahmen und natürlich durch Impulse, wie sie die ÖDP gibt. Aber das reicht nicht. Ohne Umdenken und Bewusstseinswandel wird der Weg zu einer umwelt- und menschengerechten Wirtschaftsstruktur kaum funktionieren. Jeder Einzelne von uns kann sich fragen: Wo kann ich auf Unnötiges verzichten? Wie kann ich verantwortungsvoll mit Geld umgehen? Wo kann ich etwas beitragen?

*Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch!* ■

